

Regierung lehnt Reform der Schreibreform kategorisch ab

Berlin - Die Bundesregierung hat sich gegen eine Reform der Rechtschreibreform ausgesprochen. Der stellvertretende Regierungssprecher Thomas Steg warnte davor, die Diskussion leichtfertig neu aufzumachen. Es habe eine jahrelange Debatte darüber gegeben. "Jetzt sollte man auch konsequent die Beschlüsse so, wie sie getroffen sind, umsetzen."

Die Ministerpräsidenten Christian Wulff (Niedersachsen), Peter Müller (Saarland), Edmund Stoiber (Bayern), Wolfgang Böhmer (Sachsen-Anhalt) und Erwin Teufel (Baden-Württemberg) hatten sich dagegen ausgesprochen, die Rechtschreibreform 2005 verbindlich werden zu lassen. Dagegen sprach sich Schleswig-Holsteins Ministerpräsidentin Heide Simonis (SPD) klar gegen eine "Reform der Reform" aus.

Als einziges Mitglied der Bundesregierung plädierte auch Kulturstaatsministerin Christina Weiss für Änderungen. Es wäre ein Fehler, neue Schreibregeln gegen den Willen der Bevölkerung durchzusetzen, sagte sie. Die Staatsministerin habe sich "in ihrer Funktion geäußert", sagte Steg dazu. Es sei ihm aber nicht bekannt, "daß sich das Kabinett absehbar mit dieser Frage beschäftigen wird".

Auch der Widerstand von Eltern- und Lehrervertretern gegen die neuen Regeln wächst. Der Deutsche Elternverein (DEV) plädierte für eine sofortige Rücknahme. Die Ministerpräsidenten sollten endlich ein Machtwort sprechen, forderte DEV-Bundesvorsitzende Heidemarie Mundlos. Auch der Präsident des Deutschen Lehrerverbandes, Josef Kraus, sprach sich für einen weitgehenden Verzicht auf die Reform aus. Kraus sagte, lediglich die neuen "Regeln für die S-Schreibung" seien "gesetzmäßig und logisch". Sämtliche anderen geplanten Änderungen sollten jedoch zurückgeführt werden. Zugleich räumte er ein, daß auch die Lehrer in dieser Frage uneins seien. Die Sprecherin des Cornelsen Verlages, Irina Pächnatz, verwies dagegen darauf, daß die neuen Regeln seit mehreren Jahren Praxis an den Schulen seien. Dies erneut zu ändern, würde zu einem enormen "Hin und Her" führen. Außerdem habe ihr Verlag 1998 für die Umstellung von 3000 Titeln 45 Millionen Euro investiert.

Der Schriftsteller Hans Magnus Enzensberger warf den Lehrern in der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung" vor, wider besseres Wissen "sklavisch" an den unsinnigen Vorschriften festzuhalten. Verleger und Redakteure wiederum hätten sich "dieser deutschen Hanswurstiade" in vorausgehendem Gehorsam gebeugt. Die "Idiotie dieser verordneten Reform" stehe seit langem fest, schreibt Enzensberger weiter. *DW*

Artikel erschienen in der WELT-online am Di, 27. Juli 2004